Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 523 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich Postal. Bestellgeld.

Morgen-Ausgabe

Mittwoch, 22. Oktober

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20512

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Oberbürgermeister Dr. Geßler von Nürnberg nimmt den Posten als Wiederaufbauminister an.

* Oberst Seelby ist zum englischen Geschäftsträger in Berlin ernannt worden.

* Die Rheinlande und das Saargebiet erheben für gewaltigen Streiks gegen die Uebergriffe der Besetzungsarmeen Protest.

* Die bulgarische Regierung beabsichtigt die Beschlagnahme des Eigentums aller ehemaligen Verbündeten.

* Die belgische und holländische Regierungen haben nach Brüsseler Meldungen die Absicht ein Bündnis zu schließen.

* Zwischen Belgien und Frankreich finden diplomatische Verhandlungen über Luxemburg statt.

* Nach Meldungen aus Italien soll Bela Khun aus seinem Internierungslager bei Wien über München nach Italien geflohen sein, wo er die Revolutionierung der Arbeiterschaft vorbereite.

* Wie gemeldet wird, räumen die Italiener Kattaro, das ein Jugoslawischer Hafen werden soll.

Unsere Gefangenen in Frankreich

Berlin, 21. Oktober.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" weist die Ansicht der „Liberte", daß die in französischer Gefangenschaft befindlichen deutschen Soldaten als Geiseln für die Innehaltung der Friedensbedingungen durch Deutschland zurückgehalten werden müßten, als unglaubliche Gefühlsroheit scharf zurück. Zur Beruhigung der wehrlich lange genug in banger Erwartung gehaltenen Angehörigen unserer armen gefangenen Brüder betont sie nachdrücklich, daß die französische Regierung sich durch offizielle Note verpflichtet hat, die Gefangenen sofort nach der Ratifizierung zu entlassen, und diese feierliche Zusage unmöglich brechen kann.

Die Wahrheit über Petersburg

Die meisten aus englischer Quelle stammenden Nachrichten über den Fall Petersburgs treffen keineswegs zu. Nach zuverlässigen Nachrichten ist die Armee des Generals Judenitsch viel zu schwach, um einen entscheidenden Vorstoß gegen die Bolschewisten unternehmen zu können. Sie besteht aus höchstens 15 000 Mann, während auf der anderen Seite die bolschewistischen Truppen in Petersburg, unterstützt durch die völlig bolschewistisch verseuchte Arbeiterschaft Petersburgs, weit zahlreicher sind. Ferner ist Judenitsch eingeklemmt zwischen den Bolschewisten vor seiner Front und den Esten in seinem Rücken. Selbst in dem Falle, daß Judenitsch zeitweilig gelungene Vorstöße unternimmt, welche auf die bessere Disziplin und den höheren Kampfwert seiner Truppen zurückzuführen sind, ist es doch ganz ausgeschlossen, daß er diese Vorteile längere Zeit behaupten, da die Bolschewisten, welche über eine Armee von mehr als 1 Million Mann verfügen, vorläufig noch immer in der Lage sind, derartigen Offensiven durch Heranführung neuer Truppen zu begegnen. An einen Zusammenbruch der Sowjetregierung, wie ihn uns die Reutermeldungen glaubhaft machen wollen, ist zurzeit noch nicht zu denken. Die besagten Meldungen sind offenbar zu den Zwecken von England in die Welt gesetzt, um sich vor der ganzen Welt als siegreicher Bekämpfer des Bolschewismus hinzustellen.

Der Kaiser klagt

(Von unserem hf-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 21. Oktober.

Das vom Publikum und Presse einmütig verurteilte Filmmachwerk Ferdinand Bonns, der sogenannte „Kaiserfilm", wird voraussichtlich ein gerichtliches Nachspiel haben, da der Kaiser durch seinen Berliner Rechtsbeistand, den Rechtsanwalt Karl Siebert beantragt hat, gegen Bonns wegen Beleidigung und Mißbrauch seines Bildes auf Unterlassung der Aufführung zu klagen.

Der Proteststreik der besetzten Gebiete

Krefeld, 21. Oktober.

Der Proteststreik gegen die Uebergriffe der belgischen Besatzung ist jetzt allgemeine geworden; es ruht sämtlicher Verkehr. Auch im Saargebiet nehmen die Unruhe und Aufstände weiteren Umfang an, so daß der französische Befehlshaber den Belagerungszustand über das Saargebiet erklärt hat.

Der englische Geschäftsträger

Berlin, 21. Oktober.

Wie die „Deutsche" zuverlässig erfährt, ist bis zur endgültigen Ernennung eines englischen Botschafters beim deutschen Reich der Oberst Selbery, im Frieden Kriegsminister des englischen Luftamtes, später Privatsekretär des Viscount Grey, zum provisorischen Geschäftsträger in Berlin ernannt worden. Oberst Selbery trifft mit dem gesamten Botschaftspersonal morgen in Berlin ein und bezieht sogleich die Räume der englischen Botschaft in der Wilhelmstraße.

Die Ankunft des französischen Geschäftsträgers ist voraussichtlich in der nächsten Woche zu erwarten.

Graf Bernstorff vor dem Untersuchungs-Ausschuß

Die Verhandlungen im Reichshause — Graf Bernstorff als erster Zeuge — Seine Ausführungen über Wilhelms Friedensschritte

Unserem kurzen Bericht über den Beginn der öffentlichen Verhandlungstätigkeit des parlamentarischen zweiten Unterausschusses in der gestrigen Abendausgabe wollen wir nun den ausführlichen Verhandlungsbericht folgen lassen.

Bekanntlich finden die Verhandlungen im großen Beratungssaal des Reichstages statt, in dem während der ersten Zeit des Krieges die Besprechungen zwischen Presse und Regierungsvertretern stattfanden, wo in der größeren Zeit des deutschen Parlaments, als ihm noch in der überwiegenden Mehrzahl wirklich bedeutende Männer angehörten, der Haushaltausschuß zu tagen pflegte. Unter den etwa hundertundfünfzig Personen, die alles in allem im Saale anwesend sind, besonders sich nicht weniger als zehn Vertreter der auswärtigen Presse. Neben dem einstigen Kanzler Bethmann, der, tiefgebräunt von ländlicher Sonne, aber doch gealtert und gebrochen, als Zuhörer, stand der Botschafter Graf Bernstorff, der in wohlgenährter, selbstüberzeugter Wichtigkeit und Frische als Zeuge anwesend ist. Das übrige Publikum bestand aus Abgeordneten, 25 Pressevertretern und den zwanzig Gästen, die die Plätze für die „weitere Oeffentlichkeit" innehaben.

Um 10¼ Uhr eröffnete der Vorsitzende Abg. Warmuth die Sitzung mit folgenden Worten:

Der Untersuchungsausschuß ist auf Grund des Artikels 34 der Verfassung durch Beschluß der Nationalversammlung gebildet worden. Seine Aufgabe ist, eine Reihe bestimmter Fragen der Vorgeschichte und der Geschichte des Weltkrieges selbst zur Lösung zu bringen, und zwar Fragen, um die sich vorwiegend das politische Interesse gruppiert. Dem zweiten Untersuchungsausschuß ist dabei die Aufgabe zugefallen, die Aufklärung sämtlicher Möglichkeiten zu Friedensbesprechungen mit dem Feinde zu besorgen, weiter die Aufklärung der Gründe, die solche Möglichkeiten oder dahingehende Pläne und Beschlüsse deutscherseits zum Scheitern gebracht haben bezw. wenn Besprechungen stattgefunden haben, aus welchen Gründen solche Besprechungen erfolglos geblieben sind. In erster Reihe hat der Untersuchungsausschuß daher

die Vermittlungsaktion Wilsons

zur Aufklärung zu bringen.

Der Vorsitzende richtet darauf eine allgemeine Bitte an die Presse: Sie besteht darin, in ihrem Urteil eine gewisse Zurückhaltung auszuüben zu wollen, bis die Beweisaufnahme bei einem jeden Beweispunkt auch voll erschöpft ist. Denn erst dann ist ja ein ausschlaggebendes Urteil möglich. Es sollen alle Urkunden hier zum Vortrag gebracht werden, die ein allgemeines Interesse besitzen, es sollen alle Zeugen vernommen werden. Erst dann, wenn das alles erledigt ist, ist ein festes Bild vorhanden, das dann der Beurteilung offen steht. Es ist weiter auch zu berücksichtigen, daß der Untersuchungsausschuß nur Tatsachen feststellt, kein Schulbürteil abgibt. Ein Urteil zu fällen, sofern sich das Material vielleicht gegen eine bestimmte Persönlichkeit verdichtet hat, wird Sache des Staatsgerichtshofes sein, wenn nämlich das Gesetz, welches die Bildung eines solchen vorsieht, auch nach dieser Richtung hin ausgebaut wird. Die Presse hat es stets im Gerichtsverfahren als Ehrensache betrachtet, bis zum Urteil Zurückhaltung der eigenen Meinung zu üben. Hier liegen die Verhältnisse gleich gelagert, ich hoffe, daß mein Appell bei der Presse Widerhall findet.

Es wird dann in die sachlichen Verhandlungen eingetreten. Als Zeuge ist Exzellenz Graf Bernstorff geladen. Der Vorsitzende bittet ihn, den Verhandlungen beizuwohnen und das Referat mitanzuhören, damit er Gelegenheit erhält, an das eine oder andere anzuknüpfen und zur Aufklärung beizutragen.

Es werden sodann die Sachverständigen Dr. Hoetzsch, Dr. Bonn und Dr. Schäfer vereidigt.

Abg. Dr. Singheimer erstattet

das Referat:

In Erfüllung der Aufgaben des Ausschusses ist der Gegenstand der Beratung zunächst die sogenannte Friedensaktion Wilsons. Es haben dem Ausschuß sämtliche Geheimakten des Auswärtigen Amtes zur Verfügung gestanden. Die Akten des Admiralstabes, des Kriegsministeriums und des Generalstabes haben zunächst nicht vorgelegen, werden aber im späteren Stadium dieser Verhandlungen herangezogen werden.

Zur Einteilung des Stoffes ergibt sich eine Gliederung in vier Perioden. Die erste geht von dem Ausbruch des Weltkrieges bis zur „Sussex"-Note, die am 4. Mai 1916 an Wilson gerichtet wurde. Die zweite Periode reicht vom 4. Mai bis 12. Dezember 1916, dem geschichtlichen Tage des deutschen Friedensangebotes, die dritte vom 21. Dezember 1916 bis 9. Januar 1917, an welchem Tage im Hauptquartier zu Pleß der sogenannte rücksichtslose U-Bootkrieg beschlossen wurde. Die Schlußperiode ist anzusetzen bis zum 31. Januar 1917, jenem Tage, an dem Wilson bezw. dem amerikanischen Botschafter in Berlin, Gerard, eine Note übergeben wurde, betreffend den rücksichtslosen U-Bootkrieg, und an welchem sofort der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Amerikas und gegenüber erfolgt ist.

Zur ersten Periode ist zu sagen, daß nach den Akten von einer eigentlichen Friedensaktion nicht die Rede sein kann. Wohl fanden theoretische Erörterungen über Friedensmöglichkeiten zwischen dem Kaiser und Gerard, der Regierung und Gerard statt. Graf Bernstorff teilte mit, Wilson interessiere sich für den Frieden, und zwischen Vertretern der Regierung und dem Obersten House fanden Besprechungen statt. Ueber diese Besprechungen finden sich nur zwei Aufzeichnungen in den Akten, die eine erfolgte zwischen dem Staatssekretär Solf und House, die andere zwischen dem Reichskanzler v. Bethmann und House. Diese Aufzeichnungen lassen eine bestimmte Friedensaktion nicht erkennen, sondern sprachen nur von Erörterungen über die Möglichkeit, zum Frieden zu kommen.

Die zweite Periode ist weitaus wichtiger. Sie spielt sich ab zwischen dem 4. Mai, dem Tage der Ueberreichung der „Sussex"-Note, in der gesagt wird, daß der U-Bootkrieg nur auf den Kreuzerkrieg beschränkt werde, und daß die völkerrechtswidrige Blockade aufgehoben werden müsse, und dem 12. Dezember 1916, dem Tage unseres Friedensangebotes. Es erfolgten inzwischen an den Grafen Bernstorff ganz bestimmte Instruktionen, in denen der Botschafter angewiesen wird,

einen Friedensappell Wilsons herbeizuführen.

Die Hauptinstruktion geht zurück auf eine Unterredung mit dem damaligen Kaiser, der den Wunsch besonders gehegt hat, Präsident Wilson möge diesen Friedensappell an die Kriegführenden richten. Es sollte auch an den König von Spanien und andere neutrale Herrscher appelliert werden. Graf Bernstorff hat seinerseits über die Friedensmöglichkeiten berichtet und darauf hingewiesen, Präsident Wilson sei bereit, den Frieden zu vermitteln, auch die öffentliche Meinung in Amerika wünsche den Frieden, leider werde im gegebenen Moment die öffentliche Meinung zu unseren Ungunsten wieder beeinflußt, so durch die Frage der belgischen Deportation und die Wirkung des U-Bootkrieges. Solange der Wahlkampf in Amerika nicht erledigt sei, sei an einen energischen Schritt Wilsons nicht zu denken. An der Friedenskonferenz werde Wilson nicht teilnehmen, höchstens an Konferenzen, die mit der Friedenskonferenz in loserer Verbindung ständen. Am 18. Oktober hatte Herr v. Bethmann im Hauptquartier zu Pleß mit dem Grafen Burian eine Unterredung, um die Grundlagen für das Friedensangebot zu finden. Graf Burian wies darauf hin, daß auf eine militärische Entscheidung des Krieges nicht mehr zu rechnen sein, man müsse irgendwie Friedensverhandlungen herbeiführen. Damit war Herr v. Bethmann einverstanden, zumal er sich schon früher mit diesem Gedanken getragen habe. Diese Vorbereitungen nahmen im Laufe der Zeit konkretere Gestalt an und führten schließlich

zu dem Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916.

Anfang Dezember wird dem Grafen Bernstorff mitgeteilt, eine solche Friedensaktion stehe bevor, er möge darauf dringen, daß Wilson möglichst bald die Friedensaktion übernehme. Darauf kam ein Brief vom Grafen Bernstorff, daß ein Schritt Wilsons in dieser Hinsicht spätestens für Neujahr in Aussicht stehe. Es wird in diesem Zusammenhang namentlich die Frage in Betracht kommen, ob und warum es gerechtfertigt war, trotz der von uns angeregten Friedensaktion und trotz der Mitteilungen des Grafen Bernstorff am 12. Dezember die Friedensaktion durch uns erfolgen zu lassen. Dies wird eine der Hauptfragen sein, mit denen wir uns zu beschäftigen haben, in welchem Verhältnis diese Friedensaktion vom 12. Dezember mit der von uns angeregten und auch von Wilson in Aussicht gestellten Friedensaktion steht.

Die dritte Periode reicht vom 21. Dezember, dem Tage der Ueberreichung des Friedensangebots Wilsons an die kriegführenden Mächte, bis zum 9. Januar, dem Tage der Entschließung zur Eröffnung des rücksichtslosen U-Bootkrieges. Das Wesentliche in dem Vermittlungsangebot Wilsons war

die Bitte, die konkreten Friedensbedingungen mitzuteilen.

Die Antwort des Staatssekretärs Zimmermann enthielt indessen keinerlei offizielle oder inoffizielle Andeutung der konkreten Friedensbedingungen. Gleichzeitig teilte eine neutrale Macht, die ich in öffentlicher Sitzung nicht nennen kann, mit, daß ein Friedensappell Wilsons in Aussicht stehe, dieser Appell werde äußerst ernst zu nehmen sein, und die betreffende Macht habe guten Grund zu glauben, daß auch die andere Seite auf diesen Appell eingehen werde, wenn offen und klar die Erklärung abgegeben würde, daß der Status quo wiederhergestellt werde und in bezug auf Belgien eine Wiedergutmachung des Schadens erfolge. Dieser amtliche Schritt der neutralen Macht war bereits am 18. Dezember in Berlin bekannt, am 26. Dezember erfolgte die Antwort des Staatssekretärs Zimmermann, die dahin ging,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191910221-19/fragment/page=0001

daß er auf die Forderung, konkrete Friedensbedingungen abzugeben, nicht eingehe. Es wird hier namentlich festzustellen sein, welche konkreten Friedensbedingungen unsere Friedensabsichten vom 12. Dezember zugrunde gelegen haben. Es ist unbedingt notwendig, die Natur der formulierten Friedensbedingungen kennen zu lernen, die mit Genehmigung des Kaisers und der Obersten Heeresleitung vereinbart waren. Eine andere Frage ist die, ob etwa zur damaligen Zeit militärischerseits ein Einfluß ausgeübt worden ist. Die Akten sagen darüber etwas, aber nur durch Vernehmung der Zeugen läßt sich die Bedeutung dieser aktenmäßigen Mitteilungen in ein objektives Licht stellen. Die nächste Periode beginnt mit dem 9. Januar, dem Tage der Entschließung zum rücksichtslosen U-Bootkrieg. In der Zwischenzeit macht Graf Bernstorff wiederholt den energischen Versuch, wenigstens vertraulich von der Reichsregierung die Friedensbedingungen nach Washington zu erhalten, und er pflegt inzwischen wiederholt Unterredungen mit dem Obersten House. Den Schriftwechsel mit dem Grafen Bernstorff hat Staatssekretär Zimmermann geführt. Zunächst gibt er auf die Anregungen keine Antwort, sodann eine ganz allemein gehaltene und am 7. Januar bittet er den Grafen Bernstorff, die Frage der vertraulichen Mitteilung der Friedensbedingungen dilatorisch zu behandeln. Darauf wird am 9. Januar der rücksichtslose U-Bootkrieg beschlossen. Graf Bernstorff warnt wiederholt, der rücksichtslose U-Bootkrieg bedeute den Bruch mit Amerika, wie überhaupt auch von anderer Seite der U-Bootkrieg als der Vorgänger des Krieges mit Amerika wiederholt bezeichnet wurde.

Es wird auf die unbeschränkten Hilfsquellen Amerikas hingewiesen, die unerschöpflich seien. Am 26. Januar telegraphierte Bernstorff, daß Oberst House im ausdrücklichen Auftrage Wilsons uns

von neuem die Friedensvermittlung angeboten

habe. Er wolle sich nicht in territoriale Fragen einmischen, wolle unter allen Umständen den Krieg vermeiden und wünsche eine Beendigung des Krieges ohne Sieger und Besiegte. Alle Vorbereitungen zur Friedensaktion seien getroffen. Darauf fand eine Reise Bethmanns nach dem Hauptquartier statt. Das Ergebnis war, daß Bethmann an Bernstorff telegraphierte, es sei zu spät, Wilson hätte früher mit einer solchen Aktion kommen sollen, und daß eine Rücknahme des U-Bootkrieges nicht mehr möglich sei, weil es technisch unausführbar sei, U-Boote, die bereits in See seien, zurückzurufen. Die deutsche Regierung sei aber bereit, ihm vertraulich die Friedensbedingungen mitzuteilen. Sie werden dann am 28. Januar dem Grafen Bernstorff mitgeteilt, der sie zur Kenntnis Wilsons bringen soll. Es heißt nun nicht im Schreiben des Reichskanzlers, die Friedensbedingungen, die er mitteile, seien die Bedingungen, unter denen er bereit sei, Frieden zu schließen, sondern es heißt, daß seien die Bedingungen, unter denen Deutschland bereit gewesen wäre, am 12. Dezember Frieden zu schließen. Ob also diese Antwort der Note Wilsons entspricht, ist eine Frage, die weiterer Erörterung bedarf. Am 31. Januar erfolgte die Uebergabe der Note über den rücksichtslosen U-Bootkrieg und dann

der Abbruch der Beziehungen mit Amerika.

Wilson scheute sich offenbar, in den Krieg einzutreten. Darauf deutet die Tatsache hin, daß er die gleichlautende Erklärung des österreichischen Botschafters in Amerika verheimlicht, um den Weg zu Oesterreich offen zu halten. Ueber die Schweiz ist dann gemeldet worden, Wilson suche weiter den Frieden zu vermitteln und verlange nur eine Erklärung, daß Deutschland die Anwendung des rücksichtslosen U-Bootkrieges auf Amerika nicht ins Auge fasse oder wieder zurückziehe. Darauf wird erwidert, daß die Durchführung des U-Bootkrieges die allgemeine Anwendung verlangt. Im März wurde der Krieg erklärt, nachdem das mexikanische Telegramm Zimmermanns bekannt wurde, das schon im Januar zur Absendung gelangt war.

Damit ist das Referat Stinzheimers beendet, und es wird in

die Vernehmung des Grafen Bernstorff

eingetreten.

Botschafter a. D. Graf Bernstorff: Wilson hat Anfang August sofort nach Ausbruch des Krieges eine erste Friedensvermittlung versucht. Im September hat er einen zweiten Versuch machen lassen, der daran scheiterte, daß die Entente gar nicht geantwortet hat. Wenigstens habe ich nichts davon gehört. Wilson hat im August eine Proklamation an das amerikanische Volk erlassen, in der er die Amerikaner zur Neutralität auffordert, weil eine so erregte Stimmung entstanden war, daß die Privatbeziehungen darunter litten. In der Proklamation hat er schon erklärt, daß das amerikanische Volk das einzige Volk wäre, das in der Lage wäre, den Krieg zu beendigen, wenn es dem Streit fernbliebe und daß es die einzige Großmacht sei, die genügend Macht und Einfluß habe, um dieses Ziel herbeizuführen. Das ist die Politik Wilsons gewesen. Als das zweite Friedensangebot scheiterte, hielt er es für notwendig, sich mehr zurückzuhalten. Er sandte trotzdem Oberst House im Winter 1914/15 nach Paris, London und Berlin, wo er im März war. Er sollte die Friedensvermittlung Wilsons vorbereiten. Als er von Berlin zurückkam, sagte er, der Augenblick wäre noch nicht gekommen. Es wäre noch niemand bereit, auf einen Frieden einzugehen. Er würde aber später wieder nach Europa gehen, um zu sehen, ob etwas zu machen sei. Wilson hat zum ersten Male mit mir über den Frieden gesprochen, als ich nach der „Lusitania"-Angelegenheit eine

Audienz bei Wilson

bekam, als die Gefahr des Krieges mit Deutschland sehr drohend war. Damals sagte er, wir sollten durch ein Nachgeben im U-Bootkrieg einen Appell an die Moral richten, da nur durch eine Verständigung, nicht mehr durch die Waffen der Krieg endgültig entschieden werden könnte. Würden wir den U-Bootkrieg aufgeben, so würde er auf Aufhebung der englischen Aushungerung drängen. Das englische Kabinett werde darauf eingehen, und er hoffe, daß damit ein Anfang gemacht sei für eine Friedensaktion im großen Stile. Das war am 2. Juni 1915.

Nach dem ersten Telegrammwechsel über die „Lusitania" schien der Krieg unvermeidbar. Ich ging zu Wilson und verabredete, um Zeit zu gewinnen, daß Herr Meyer-Gerhard nach Berlin reisen sollte. Wilson ging darauf ein und versprach, daß er, bis diese Mission Erfolg gezeigt habe, keine ernstlichen Schritte tun würde, welche zum Bruch führen könnten. Der Notenwechsel über die „Lusitania" ging weiter, aber inzwischen wurde ein anderes englisches Schiff torpediert, und es kam zum zweiten Male fast zum Kriege. Es wurde unsererseits nachgegeben, indem zugestanden wurde, daß Passagierdampfer nicht ohne vorherige Warnung torpediert werden sollten. Auf eine Anfrage des Vorsitzenden erklärt der Zeuge, daß er nicht wisse, was aus der Mission Meyer-Gerhard geworden sei. Er fährt dann fort:

Es kam dann am 5. November

eine Note an England

in welcher die englische Blockade als nicht zu verteidigen erklärt wurde. Die Verhandlungen über die „Lusitania" brachten uns zum dritten Male an den Rand des Krieges, weil wir ausexzenen sollten, daß die Versenkung illegal gewesen wäre. Dieses Wort wurde von uns unbedingt abgelehnt. Schließlich gab Wilson nach. Er würde sich damit begnügen, wenn wir erklärten, daß solche Repressalien Neutrale nicht treffen dürften. Diese Erklärung war eben fertig und sollte ausgetauscht werden, als in Berlin der verschärfte U-Bootkrieg erklärt wurde. Es wurde also nichts aus dieser Lösung. (Der Vorsitzende stellt fest, daß es sich hier nur um den verschärften, nicht um den unbeschränkten U-Bootkrieg handelt.) Bald darauf wurde die „Sussex" torpediert. Jetzt kam eine endgültige Einigung zustande. Der U-Bootkrieg sollte nach den Grundsätzen des Kreuzerkrieges geführt werden.

Im Laufe des Winters war House zum zweiten Male nach Berlin gefahren, wo er im Januar 1916 war. Als er zurückkam, erklärte er mir, daß der Hauptwiderstand gegen einen Frieden vorläufig noch in Paris zu finden wäre, daß er England eine gewisse Bereitwilligkeit gefunden hätte. Auch in Berlin habe man gesagt: Wir würden zu geeigneter Zeit bereit sein, auf eine amerikanische Friedensvermittlung einzugehen.

Ich habe zum ersten Male von der Absicht der kaiserlichen Regierung, den Wilsonschen Wünschen entgegenzukommen, durch ein Telegramm gehört, welches der Botschafter Gerard nach Erledigung der Sussex-Affäre nach Washington richtete. Dort stand, daß die deutsche Regierung nunmehr

bereit sei, eine Friedensvermittlung Wilsons anzunehmen.

Ich habe darauf in Berlin angefragt, ob diese Auffassung richtig sei, und ein Telegramm erhalten, in dem gesagt wurde, daß wegen der öffentlichen Meinung in Deutschland noch einige Zeit hingehen müsse, daß es aber im allgemeinen der Wunsch sei, Wilsons Friedensvermittlung anzunehmen. Es müsse aber verlangt werden, daß Wilson vorher gegen England vorgehe. Es ist vielleicht merkwürdig, daß ich mit einer Privatperson, wie dem Obersten House, über diese Fragen verhandelt habe. Eine Geheimhaltung von Verhandlungen in Washington wäre ganz unmöglich gewesen. Die beiden Häuser waren dort von Journalisten umlagert. Deswegen war es der Wunsch Wilsons, daß ich diese vollkommen vertraulichen Fragen mit seinem intimen Freunde House in New-York führte. Er sagte mir, Wilson hätte nicht mehr die Macht, England zu zwingen, den völkerrechtlichen Normen zu gehorchen, weil der amerikanische Handel so sehr mit der Entente gebunden wäre, daß Wilson unmöglich diese Handelsbeziehungen stören könne, ohne einen ungeheuren Sturm hervorzurufen. Im Gegensatz dazu wäre er in der Lage,

einen Frieden ohne Sieg

herbeizuführen, und er hätte die Absicht, das zu tun, sobald die Gelegenheit dazu käme. Nachdem aber ein solcher Schritt in Amerika allgemein als pro-deutsch bezeichnet wurde, könne er ihn nur tun, wenn die öffentliche Meinung sich etwas über die Beziehungen zu Deutschland beruhigt hätte. Er schlug eine Pause vor und hoffte, am Ende des Sommers die Friedensvermittlungen bestimmt anbahnen zu können. Dann trat Rumänien in den Krieg ein.

Es werden dann die Instruktionen verlesen, die dem Botschafter am 18. August mitgeteilt wurden, und wonach die deutsche Regierung erklärt, daß sie gern bereit sei, eine Vermittlung des Präsidenten anzunehmen, und daß eine entsprechende Tätigkeit des Präsidenten nachdrücklich ermutigt werden soll, daß wir uns aber noch nicht auf irgend welche konkreten Friedensbedingungen festlegen können.

Graf Bernstorff: Nach diesen Instruktionen, deren Inhalt ich Oberst House mitgeteilt hatte, sagte mir der Oberst, daß eine Vermittlung Wilsons jetzt unmöglich und daher aufgeschoben wäre, weil infolge des Eintritts Rumäniens in den Krieg die Entente völlig siegesgewiß geworden wäre und Wilson daher abweisen würde.

Referent Dr. Sinzheimer: Diesen Instruktionen war eine telegraphische Anfrage des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg vom 2. September vorausgegangen. In ihr hieß es, daß unsere Westfront fest steht, daß die Ostfront durch die Kriegserklärung Rumäniens natürlich etwas gefährdet wäre, daß aber ein Zusammenbrechen der Front nicht zu befürchten wäre. Bulgarien und die Türkei wären zuverlässig. Es wurde dann gefragt, ob, wenn im Osten keine größere Katastrophe eintreten würde, eine Friedensvermittlung Wilsons möglich und erfolgreich wäre, wenn wir Belgien die bedingte Wiederherstellung zusicherten. Anderenfalls müßte der rücksichtslose U-Boot-Krieg ernsthaft in Erwägung gezogen werden.

Graf Bernstorff: Ich kann nur wiederholen, daß Oberst House mir sagte, die Friedensvermittlung Wilsons müßte aufgeschoben werden, weil die Entente infolge des Eintritts Rumäniens in den Krieg siegesgewiß geworden war. Diese Erklärung des Oberst House ist mir auch späterhin immer als besonders wichtig erschienen, weil, als Wilson wirklich Friedensschritte unternahm, ich glaubte, daß er mir bestimmt davon überzeugt wäre, daß sie auch von der Entente angenommen werden würden. Sonst hätte es ja gar keinen Sinn gehabt, daß Wilson vorher erklärt hatte, eine Vermittlung scheine ihm eine Aussicht auf Erfolg zu haben.

Vorsitzender Warmuth: Das Telegramm vom 2. September war in der Tat die Antwort auf das Telegramm der deutschen Regierung vom 18. August. In der Antwort vom 2. September wird gesagt, Wilson befürchte, von England kühl abgewiesen zu werden. Falls aber Wilson bei den Wahlen siegen würde, wofür die Aussichten günstig ständen, wolle er sofort eine Vermittlung eintreten lassen. Die Friedensvermittlung liege im amerikanischen Interesse, noch denn keine der kriegführenden Mächtegruppen einen entscheidenden Sieg erringen dürfte.

Graf Bernstorff: Wichtig scheint mir in diesem Zusammenhang auch ein Memorandum zu sein, das

vom Kaiser selbst geschrieben

war und das Herrn Gerard nach Amerika mitgegeben werden sollte, als er auf Urlaub dorthin fuhr.

Referent Dr. Sinzheimer: Dieses in englischer Sprache abgefaßte Memorandum bezieht sich nur auf den U-Boot-Krieg, nicht aber auf die Friedensaktion.

Graf Bernstorff: Nach meiner Erinnerung hat aber gerade dieses Memorandum in Amerika den tiefsten Eindruck gemacht. Es ist datiert vom 4. Oktober und führte sich auf eine Unterredung, die Herr Gerard in Charleville mit dem Kaiser gehabt hatte. In diesem an Gerard gerichteten Memorandum heißt es:

„Euer Exzellenz haben Seiner Majestät bei Ihrer Unterredung in Charleville im Hauptquartier gesagt, daß Präsident Wilson gegen Ende des Sommers bereit sein würde, seine guten Dienste anzubieten, um den Frieden herbeizuführen. Die deutsche Regierung hat keine Nachricht darüber, ob der Präsident an dieser Idee noch festhält und hinsichtlich des Zeitpunktes, zu dem er diesen Schritt unternehmen will. Inzwischen hat aber die Führung des Krieges eine solche Form angenommen, daß die deutsche Regierung glaubt, daß es ihre Pflicht ist, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß sie es für nötig halten würde, die bevorstehende Aktion des Präsidenten zu beschleunigen, damit sie nicht zu spät im Jahre stattfindet.

Dieses Memorandum sollte Herrn Gerard mitgegeben werden, als er nach New-York fuhr. Er war aber bereits abgereist und deshalb wurde es mit nach Washington telegraphiert mit der Bitte, ich sollte es, wenn ich es für richtig hielte, Herrn Gerard geben. Ich habe es aus persönlichen Gründen nicht Herrn Gerard, sondern Oberst House gegeben, der es dem Präsidenten Wilson übermittelt hat. In den Unterredungen, die zeitlich hierauf folgten, wurde immer wieder betont, daß vor der Wahl des Präsidenten Wilson ein Friedensschluß unmöglich wäre.

Abg. Dr. Cohn: Nach welcher Richtung hat dieses Memorandum so großen Eindruck in Amerika gemacht?

Graf Bernstorff: Dem amerikanischen Volke war dieses Memorandum natürlich unbekannt, wohl aber hat es großen Eindruck auf die amerikanische Regierung gemacht, weil zwar insofern, als von jetzt ab in Amerika die feste Ueberzeugung entstand, daß die deutsche Regierung bereit sein würde, eine Vermittlung Wilsons anzunehmen. Die Präsidentenwahl fand am 7. November statt. Der Meinungsaustausch war so außerordentlich lebhaft, daß man am ersten Abend noch nicht wußte, wer gesiegt hatte. Es hing an einem seidenen Faden, und es dauerte wegen der genauen Zählung in den Weststaaten sehr lange, bis das Endergebnis feststand. Diese Verzögerung ist wichtig, weil sich daraus erklärt, daß Präsident Wilson erst nach geraumer Zeit einen Friedensschritt tun konnte. Ich habe später erfahren, daß Wilson die Friedensnote, die er am 18. Dezember absandte, schon Mitte November aufgesetzt, aber in seinem Schreibtisch behalten hatte, weil damals in Amerika wieder wegen der belgischen Deportationen eine antideutsche Welle durch das Land ging. Oberst House hat mir mitgeteilt, daß das schon Mitte November fertige Friedensangebot nicht überschickt worden sei, weil es wegen der Stimmung im Volke Wilson vor der öffentlichen Meinung nicht verantworten konnte.

Der Vorsitzende Warmuth verliest im Anschluß daran einen Bericht des Grafen Bernstorff darüber, in dem es heißt:

Wilson habe ihm streng vertraulich durch Oberst House mitteilen lassen, er werde baldmöglichst neue Friedensschritte unter Bedingung sei, daß bis dahin möglichst wenig von Friedensvermittlung in Deutschland geschrieben und gesprochen werde, und daß alle U-Boot-Kontroversen vermieden würden. Wilson glaube, seine Vermittlung nur eintreten lassen zu können, wenn die öffentliche Meinung in Amerika günstig bleibe, weshalb sowohl U-Boot-Kontroversen wie die belgischen Deportationen die Chancen verschlechtert hätten. Der Berichterstatter Dr. Sinzheimer zieht daneben noch ein Telegramm Bernstorffs vom 4. Dezember an, nach dem ihm Lansing besonders eindringlich von dem Protest wegen der Deportationen gesprochen habe. Zur Ergänzung führt er eine Instruktion Bethmanns an, in der darauf hingewiesen wird, daß die Marine den unbeschränkten U-Bootkrieg wünsche, daß sich aber die Gesamtlage dadurch bessern könne, daß er eine Friedensvermittlung vorschlage. Das müsse aber bald geschehen. Weiterhin wird auf die Möglichkeit eines gemeinsamen Schrittes Wilsons mit dem Papst, dem König von Spanien und den übrigen europäischen Neutralen hingewiesen. Aus den weiteren Angaben des Grafen Bernstorff geht hervor, daß Wilson das Friedensangebot der Mittelmächte, das am 12. Dezember 1916 öffentlich erfolgte, bedauert hat. Er hat durch den Obersten House den Grafen Bernstorff ausspreche lassen, daß dieser Friedensschritt — von dem dem Grafen Bernstorff vorher nur streng vertraulich zu seiner persönlichen Information Mitteilung gemacht worden war — als eine

Gefährdung seines Schrittes

ansehe; die Tatsache des Schrittes würde auf Schwäche in Berlin hindeuten.

Auf verschiedene Fragen der Abgeordneten, die dem Untersuchungsausschuß angehören, unterstreicht Graf Bernstorff, daß diese Auffassung Wilsons eine Gefährdung seiner Aktion bedeutet geschienen hätte, weil eine solche Aktion von ihm nur Aussicht auf Erfolg gehabt hätte, wenn die Mittelmächte ganz hoffnungslos gestanden hätten. Jetzt werde angenommen, daß Deutschland den Frieden sehr nötig haben müsse.

Dr. Kirschenstein (Zentr.) stellt fest, daß demnach nicht die stolze Sprache des deutschen Friedensschrittes, der unsere militärischen Erfolge aufzählte, sondern im Gegenteil der Eindruck unserer Unfähigkeit, auf die Dauer siegreich zu bleiben, geschadet hätte. Daneben erklärt Graf Bernstorff, er habe den Eindruck gehabt, daß die amerikanische Regierung lange gedauert hätte, des ersten Schrittes beraubt gewesen zu sein.

Die weitere Vernehmung des Grafen Bernstorff wird dann auf morgen früh 10 Uhr vertagt.

Die „Große Kommission" der Entente

Paris, 21. Oktober.

Bekanntlich verlautete vor einiger Zeit, daß die Friedenskonferenz sich in den nächsten Wochen auflösen würde und die Rat der Delegierten aller Länder die noch zu erledigenden Arbeiten übernehmen werde. Der Oberste Alliierte Rat beschloß nun im Zusammenhang damit, daß Delegierte aller Großmächte dieser „Großen Kommission" angehören dürfen, selbst wenn ihr Staat das Friedensabkommen noch nicht ratifiziert hat. Diese Bestimmung würde vor allem für Amerika zutreffen. Man nimmt nämlich an, daß die Ratifizierung durch Amerika bei der Auflösung der Friedenskonferenz noch immer nicht erfolgt sein wird. Eine entscheidende Stimme soll dann Amerika aber in der Kommission nicht bekommen.

„Der starke Gustav"

Der Herr Reichswehrminister hat mit seinem Auftreten bei jedwedlichem Streits keine glückliche Hand. Deshalb nicht, weil er zwar mit scheinbar großer Energie dreinfährt, aber noch jedesmal vor dem Widerstand der Gegenseite zurückgewichen und Nachgeben gemacht hat. So war es mit seinem Gelaß gegen die streikenden Eisenbahner im Frühjahr, so war es jetzt wieder mit seinem neuesten Eingreifen. Wie sein Auftreten dort, wie es wirken soll, beurteilt wird, ergibt sich aus der Rede eines Führers der Verkehrsangestellten in deren gestriger Versammlung in den Sophiensälen. Dort hat ein gewisser Klose ausgeführt, die Arbeiterschaft lasse sich durch heimtückt Maßnahmen und Verhaftungen von Arbeiterfunktionären beeinflussen. Der „starke Gustav" werde nichts erreichen und es seien ihm zur Freitag von dem Redner und anderen bei ihm erschienenen Arbeitern verewigte „Wahrheiten und direkte Grobheiten" gesagt worden, daß der Redner darüber verwundert sei, von ihm nicht herausgeworfen zu sein. Der Redner habe seine Zustimmung dazu gegeben, daß die Stadtbahnbaner dem „starken Gustav" zeigen, daß seine Verfügungen nur „einen Kartenhaus" wert seien. Es müsse der Behörde gezeigt werden, daß die Arbeiter sich nicht durch Verfügungen in alle Winde zerstreuen lassen.

Mit Recht, schreibt die „Tägl. Tagesztg.", uns in der letzten Tagen einer Kritik der Noskeschen Halbheiten entbalten, um dem Herrn Reichswehrminister nicht wieder Gelegenheit zu Krokodilstränen über die Unergrebung seiner Stellung zu verschaffen zu geben. Um so notwendiger scheint uns der Hinweis darauf, daß Herr Noske selbst es ist, der seine Autorität abbaut und bei dieser Tätigkeit schon auf einem Punkte angelangt ist, wo er von den Gegnern nicht mehr ernst genommen wird. Der große Mund und die liebevolle Pflege eines defekten kräftigen Tones bei jeglicher Gelegenheit zu radikalen Leistungen machen es eben noch nicht allein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191910221-19/fragment/page=0002

Die Verwertung der Militärbetriebe

Eine Reichswirtschaftsdebatte

Berlin, 21. Oktober.

Am Ministertische: Dr. Mayer.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Auf eine Anfrage Diez (Ztr), wie die Reichsregierung ihren Verpflichtungen den Valutaschuldnern gegenüber zu genügen gedenke, antwortet

Ein Regierungsvertreter: Gegenüber dem neutralen Ausland ist niemals ein Zahlungsverbot erlassen worden. Die Valutaverpflichtungen hätten also auch unter der Devisenordnung von 1916 beglichen werden können. Die Devisenordnung von 1917 hat die Begleichung der Valutaverpflichtungen nicht verboten, sondern nur unter die Kontrolle der Reichsbank gestellt. Diese hat Anträgen auf Devisenabgabe zur Abdeckung von Valutaverpflichtungen in berechtigten Fällen stets stattgegeben. Eine rechtliche Entschädigungspflicht des Reiches kann daher nicht anerkannt werden, besonders nicht gegenüber den Städten und Handelsfirmen, die für Lebensmitteleinkäufe Valutaverpflichtungen übernommen haben. Gegenüber dem feindlichen Ausland sind allerdings Zahlungsverbote erlassen worden, aber auch besmegen kann eine rechtliche Verpflichtung des Reiches zu einer Hilfsaktion nicht anerkannt werden. Die Zahlungsverbote sind mit Verhaltungsmaßnahmen gegenüber den Zahlungsverbotenen der feindlichen Länder. Die Begleichung der Verbindlichkeiten gegen das feindliche Ausland ist durch den Friedensvertrag geregelt. Es schweben Verhandlungen, für gesetzliche Maßnahmen zugunsten der Schuldner, sofern die Mittel dazu auf einem anderen als dem Anleihemege beschafft werden können.

Auf eine Anfrage Frau Weber (Ztr.) wegen Notstandsmaßnahmen in der Beschaffung von Kleidung und Wäsche für kinderreiche Familien wird geantwortet, daß bedeutsame Mengen jetzt bereitgestellt worden wären.

Es folgt die zweite Beratung des Haushaltes bei dem Abschnitt: Reichsschatzministerium.

Minister Dr. Meyer:

Die Verwaltung der im Kriege entstandenen großen industriellen Unternehmungen unter Beteiligung des Reiches — Stickstoff, Aluminium, Elektrizität —, wird mehr viel Arbeit verursachen, da sie, in Gesellschaftsform aufgegangen, sich schon selbst tragen. Eine Hauptarbeit liegt in der Verwaltung und Verwertung des einheitlich gewordenen mobilen und immobilen Heeresgutes. Heute haben wir die 3000 Heereslager und die 8000 weiteren Stellen, wo sich Heeresgut befindet, fest in der Hand. Eine fast vollständige Inventur ist durchgeführt. 150 Millionen Mark für verkäufliches Gut sind zurückgewonnen; von weiteren 400 Millionen ist das zu hoffen. (Beifall.) Kontrollstationen nach innen und außen sind allenthalben errichtet. 95 Prozent der Vorwürfe gegen das Reichsverwertungsamt sind gegenstandslos. 5 Milliarden Mark sind aus mobilem Heeresgut erlöst worden. (Bravo!) Die Verwertung der Immobilien stellt uns vor neue gewaltige Aufgaben. Die Heeresbetriebe sollen in Friedensbetriebe umgestellt und so weiter betrieben werden, vorausgesetzt, daß sie sich rentieren. Diese Betriebe zusammen werden den größten Industriekonzern der Welt bilden. Die Betriebe sind mit äußerstem Raffinement ausgebaut für den militärischen Zweck. Um so schwieriger ist die Umstellung für die Friedenszwecke. Die Pulverfabriken sind nicht zu verwerten. Im Kriege wurden 240 000 Arbeiter beschäftigt, jetzt noch 45 000. Wir hoffen, diese Zahl in einigen Monaten vielleicht wieder erhöhen zu können. Doch werden da, wo die Umstellung noch nicht durchgeführt werden konnte, noch Entlassungen stattfinden müssen. Für die Entlassenen soll gesorgt werden. Ein Gesetzentwurf ist in Vorbereitung. Die Akkordarbeit ist überall durchgeführt, wo es angängig war. (Bravo!) Wir brauchen Aufträge. In dieser Richtung ist es gut vorwärts gegangen. Wir wollen in unseren Betrieben das Eisen vom Messer fis zum Kettenbrillant bearbeiten. Nur so ist eine Menschenhilfe möglich. Eine eingeborene Denkfähigkeit wird dem Reiche zugute. Wir übernehmen andererseits die gesamte Reichsbauverwaltung und die gesamte aktive Militärverwaltung. Dazu kommt die Unterbringung und Verpflegung der Besatzungstruppen, neuen Verwaltungskommissionen usw. der Alliierten. Die Besatzungstruppen werden zu ihrem Unterhalt pro Jahr zweieinhalb Milliarden Mark erfordern. Das ist unerträglich. (Sehr richtig!) Der Begriff der Verwaltung wird soweit ausgedehnt, als überhaupt denkbar ist. Dann kommt, daß die Franzosen bis jetzt für 900 Millionen Mark requiriert haben. Die Besten in Berlin zu errichtenden Interessenkommissionen werden Berlin und seine Hotels verschwommen. Eine erhebene Verringerung wurde abgelehnt. (Hört, hört!) Im besetzten Gebiet wird der Neubau von Offizierswohnungen, das heißt Familienwohnungen und Kasernen verlangt, die vorläufig 800 Millionen Mark beanspruchen würden. Das ist nicht zu ertragen. Die Fortsetzung dieses Gebahrens wäre ein Ausplünderungsakt der Entente, der schließlich dieser selbst schadete. Unmittelbar nach Friedensschluß müssen die Besatzungstruppen vermindert werden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Giebel (Soz.): Der Bericht über die Militärwerkstätten gibt ein trostloses Bild. Die Militärverwaltung in den Heeres- und Marinebetrieben hat unglaublich gewirtschaftet. Die Produktion muß möglichst gehoben werden. Daher erscheint hier der Akkordlohn annehmbar, solange er nicht zur Lohndrückerei benutzt wird. Die Bekleidungsämter sollten nicht zu stark verringert werden. Bei der Schaffung von Musterbetrieben muß besonders auf das Mitbestimmungsrecht und auf die Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte Bedacht genommen werden. Die juristisch gebildeten Finanzverwaltungsbeamten sollen durch technisch vorgebildete Beamte ergänzt werden. Das Reichsverwertungsamt hat wenig Freunde.

Abg. Erfing (Ztr.): Die Umstellung der Betriebe, für die 425 Millionen Mark angefordert werden, ist ein Werk, das noch kein Volk übernommen hat. Unrentable Betriebe müssen aufgegeben werden. Die Nationalversammlung hat der Regierung ihr Vertrauen bewiesen durch Bewilligung der Mittel. Es ist nun an den Arbeitern und Beamten, durch treue Pflichterfüllung dafür zu sorgen, daß die Betriebe gut arbeiten.

Abg. Gothein (Dem.): Wenn die Feinde jetzt so ungerechtfertigte Ansprüche an uns stellen, werden diese Beträge von unseren Friedensverpflichtungen in Abzug gebracht werden müssen. Die Entente hat selbst das größte Interesse daran, daß die Besetzung nicht immerwährend bleibt, und daß sie baldigst verringert wird. Die Aufgaben des neuen Ministeriums sind ungeheuer. Umstellungen können ohne Schädigung der Reichsfinanzen nur vorgenommen werden nach Anhörung von Fachleuten. Nur die Akkordarbeit kann aus der Lotterwirtschaft herausführen. Soziale Musterbetriebe können die Reichsbetriebe werden, wenn Arbeiter und Angestellte restlos ihre Schuldigkeit tun. Zuschußbetriebe können wir nicht brauchen. Alle Metalle verarbeitenden Betriebe müssen unter einer Leitung zusammengefaßt werden.

Minister Dr. Mayer: Wir werden die zwölf Bekleidungsämter nach Möglichkeit weiter bestehen lassen. Aber wir dürfen auch dem Handwerk nicht alle Aufträge entziehen. Den Technikern sind bereits im weitesten Maße seitende Mäße eingeräumt.

Hierauf vertagt das Haus die Beratung auf morgen 1 Uhr. Schluß 6 Uhr.

Die landwirtschaftliche Verwaltung vor dem Preußenparlament

Berlin, 21. Oktober.

Am Ministertische: Braun.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung vor fast leeren Bänken um 12 Uhr 25 Min.

In Beantwortung kleiner Anfragen teilt die Regierung mit, daß ein Ausschuß eingesetzt worden sei zur gerechten Verteilung des gerschlagenen Glockenguttes unter den betroffenen Gemeinden. Den notleidenden Schauspielern im ehemaligen Hoftheater Hannover sei durch Teuerungszulagen geholfen worden. Ein Zwang zur Beobachtung der religiösen Eidesformel beim Zeugeneid sei mit der Reichsverfassung nicht vereinbar.

Die zweite Haushaltsberatung wird bei der landwirtschaftlichen Verwaltung fortgesetzt.

Abg. Graf von Kanitz (Deutschnational): Das Bandenwesen nimmt noch immer größere Formen an, ohne daß die Entente irgendwie hilft. Täglich begehen die Polen Grenzverletzungen und die Entente schreitet nicht dagegen ein. Die preußischen Landwirte werden nicht mehr zu niedrigen Preisen ihre Ware verkaufen, wenn ihnen nicht die Versicherung gegeben wird, daß ihre Waren auch wirklich an Deutschland gelangen. Dann können sie sich auch darauf verlassen, daß diese auch in die Hände des deutschen Reiches gelangen werden. Den jetzt bestehenden gewaltigen Schmuggel kann man nur durch eine Erhöhung der Freiheit unterbinden. Man kann auch unmöglich verlangen, daß alle für Preußen ihre Stimme abgeben sollen, wenn die Stimmberechtigten damit rechnen müssen, von neuem unter die Zwangswirtschaft zu kommen. Wir Ostpreußen bleiben unter einer seelischen Depression und haben das Gefühl, daß wir auf einem verlorenen Posten stehen. Das muß einmal offen ausgesprochen werden. Unser Angstgefühl resultiert weniger aus der Angst vor der polnischen Wirtschaft, als vielmehr aus dem Bewußtsein, daß das deutsche Reich uns nicht mehr unterstützen wird. Niemals wollen wir unter der polnischen Herrschaft stehen. Ich empfehle den Antrag, der die Zwangswirtschaft in den östlich des polnischen Korridors liegenden Teilen von Westpreußen und in Ostpreußen aufheben will.

Abg. von Kessel (Deutschnational) beantragt Maßnahmen zur Bekämpfung des Mangels an Arbeitern und Handwerkern auf dem Lande, sowie gegen die Abschlachtung von Milchkühen.

Abg. Jacobi-Raffauf (Ztr.) beantragt, bei den Besatzungstruppen dahin zu wirken, daß sie Gehöfte, Scheunen und Stallungen zur Sicherung der Ernte freigeben.

Abg. Dr. Schreiber-Halle (Dem.) beantragt eine Neuregelung der Zusammensetzung der Landwirtschaftskammern.

Abg. Frau Heßberger (Ztr.) befürwortet die Einstellung von Frauen bei den Landwirtschaftskammern und im Landwirtschaftsministerium.

Abg. Peters-Sachsenn (Soz.) wünscht die Ausdehnung der kleinen Pachtland-Ordnung auf Grundstücke bis zu einem halben Hektar Größe.

Abg. Rippel (Deutschnational) fordert die Aufhebung der Verordnung über die Sicherstellung der landwirtschaftlichen Arbeiten.

Abg. Jacobi-Raffauf (Ztr.) beantragt, die Frist für die Gewährung der Frühdruschprämie dem Klima der einzelnen Landesteile anzupassen, die Schädlinge des Weinstocks schärfer zu bekämpfen und den Winzern den Weinzucker rechtzeitig zur Traubenernte zu liefern.

Abg. Heß (Ztr.) fordert die Einberufung des Weinparlaments.

In förmlichen Anfragen ersuchen die Demokraten um Ausgestaltung der wissenschaftlichen Forschung zur Förderung der Landwirtschaft und Industrie, die Unabhängigen Sozialisten um Regelung der Landarbeiterverhältnisse und Bekämpfung der Streiks der Landwirte, das Zentrum um Bekämpfung der Reklausplage im Heimbachtale, die Deutsch-Hannoveraner um Versorgung der Landwirtschaft mit Kalidünger.

Abg. Wittich (Soz.) eröffnet die allgemeine Aussprache mit einem Appell an die Landwirtschaft, ihre Produktion nach Kräften zu steigern, da von der besseren Ernährung die Lebens- und Leistungsfähigkeit des ganzen Volkes abhänge. Leider versagen auch die Landräte zum großen Teil in der Aufklärung der ländlichen Bevölkerung und in der Kontrolle der Ablieferungspflicht.

Mittwoch 12 Uhr: Fortsetzung.

Schluß 5½ Uhr.

*

Die preußische Landesversammlung wird am 24. d. Mts. eine zehntägige Pause in ihren Beratungen eintreten lassen. Die Nationalversammlung wird in den beiden ersten Novemberwochen keine Vollsitzungen abhalten, um den Ausschüssen genügend Zeit für ihre Arbeiten zu geben.

Totalisator und Prämienanleihen

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Der letzte sonntägliche Renntag auf der Grunewaldbahn war ein Ereignis besonderer Art. Er verlief nämlich ohne den sonst unvermeidlichen Skandal. Es müssen also an diesem Renntage nur sehr wenige Leute ihr Geld verloren haben. Wer nämlich sein Geld verliert, macht Radau. Ein Vorwand dafür oder auch ein Grund kann sich stets. Irgend ein sportlicher oder nichtsportlicher „Zwischenfall" mußte herhalten. Die Entrüstung machte sich in Prügelszenen Luft. Ein schöner Beweis dafür, daß auch eine Revolution den menschlichen Charakter nicht ändert. Auch vor der Revolution spielte niemand, um zu verlieren. Selbst in der Lotterie wurde man nicht gern sein Geld los. Die Sozialdemokratie betrachtete bereits freilich solchen Verlust als gerechte Strafe für die Spielwut, die zu ihrem Entsetzen noch dazu vom Staat begünstigt und ausgenützt wurde. Die heutige revolutionäre Regierung nimmt die fetten Totalisatorsteuern noch lieber als die weit weniger ertragreichen Lotteriesteuern. Ein gewisses volkswirtschaftliches Moment ist dabei doch auch zu berücksichtigen. Wo sollten denn die zahlreichen und sich trotz Verminderung des Tabaks immer noch vermehrenden Zigarrengeschäfte ohne den Totalisator bleiben? Immer muß man doch auch noch einen weiteren volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt ins Auge fassen. Arbeitern — namentlich spielenden — und Angestellten muß doch durch den Totalisator Gelegenheit gegeben werden, ihre hohen Löhne anzulegen. Daß dann die Verlierer immer auch gleich so ganz „Haltung, Fassung, Würde" zusammen mit ihrem Geld zusetzen, ist freilich schlimm. Was werden sie erst machen, wenn sie auf Erzbergers Prämienanleihen nichts gewinnen?

Nachdruck verboten.

Die beiden Hildebrand

22] Kriminalroman von Heinrich Tiaden.

Oswald Hildebrand, der wie ein wildes Tier im Käfig durch das Gemach stürmte, blieb stehen, als hätte er die Worte nicht begriffen. Plötzlich aber stieß er ein heiseres Lachen aus.

„Ach, ich vergaß ja ganz, daß auch von diesem Ihrem sauberen Plan im Hause meines Vaters die Rede war."

„Ganz recht," sprach Bürklin, die Hand immer auf der Klinge. „Ich habe damals Ihren Vater gebeten, meinen Wünschen gemäß auf Sie einzuwirken. Ihr Vater wollte nichts von meinem Plan wissen, doch ich hoffe, Sie werden vernünftiger sein. Es reizte mich, einen berühmten Mann meiner Tochter zum Gatten zu geben, denn sie selbst ist der Kunst durchaus ergeben. Laura ist schön, gebildet, geistvoll — das haben Sie wohl selbst bereits festgestellt — und reich, sogar sehr reich. Und — Laura liebt Sie. Ich fühlt damals, als ich die Sache einfädelte, bei Gelegenheit eines meiner Besuche Ihr Bild und gab es Laura. Der Erfolg war, wie ich es wünschte. Wie gesagt, Laura liebt Sie — und Sie werden Laura heiraten."

Oswald stand unbeweglich in der Mitte des Zimmers und starrte mit funkelnden Augen auf den Mann, der diese Worte zu ihm sprach. Seine Zähne gruben sich tief in die Unterlippe, so daß Blutstropfen hervortraten.

„Wenisch, ich habe Ihre Schuftigkeit noch unterschätzt. Doch verlassen Sie sich darauf, daß Ihr Plan nicht gelingen wird. Eher will ich mit meinem armen Vater untergehen, ehe ich in nähere Berührung mit Ihrer verbrecherischen Sippe trete."

Das Gesicht des Maklers veränderte sich plötzlich — seine Züge verzerrten sich.

„O, das hätten Sie nicht sagen dürfen — Sie —" gurgelte er hervor. „Mich konnten Sie beschimpfen — was kümmert das mich — doch — meine Tochter — meine Tochter —" Seine Stimme wurde plötzlich brüllend. „Hinaus mit Ihnen, Sohn eines Mörders. Nie werde ich mich wieder bei Ihnen blicken lassen, doch dafür kommt der Staatsanwalt. Noch heute werde ich zur Kriminalpolizei gehen, um das Verbrechen, das vor dreißig Jahren begangen wurde, zur Anzeige zu bringen. Hinaus!"

Oswald Hildebrand aber stand starr und regungslos. Der ganze Raum drehte sich im Kreise um ihn, in wirbelnden, besinnungsraubenden Drehungen. Rote Wolken wallten vor seinem Blick. In seinen Händen zuckte es — er hatte den heißen Drang sich ungeachtet aller Folgen auf den Schurken zu stürzen. Ein Gedanke schoß ihm durch den Kopf: „So ist es einem Mörder zu Mute im Augenblick der wahnsinnigen Tat —"

Doch aus dem wirbelnden Chaos, das seine Sinne zu verwirren drohte, erhob sich plötzlich das Gesicht seines Vaters. Es hatte einen angstvollen und beklommenen Ausdruck, wie er ihn noch nie im Antlitz des alten Herrn wahrgenommen hatte. Und die lieben, freundlichen Augen blickten ihn mit einer ernsten, dringlichen Warnung an.

Diese Erscheinung brachte in der stürmenden Seele Oswalds eine starke Wirkung hervor. Er griff zu seinem Hut.

„Gut, ich verlasse Ihr Haus," murmelte er fast unhörbar, „weil ich in diesem Augenblick mit mir selbst uneins bin, mit welchen Waffen ein Ungeheuer Ihrer Art zu bekämpfen ist. Doch Sie werden von mir hören."

Er wandte sich um und verließ, von einem plötzlichen, unaussprechlichen Ekel ergriffen, mit großer Hast das Gemach. Er achtete kaum darauf, daß er in dem dunklen Flur gegen das zornmütige Dienstmädchen stieß, das ihm nun mit Knurren und Knodern zum Ausgang folgte, die Tür öffnete und sie mit schmetterndem Schlage hinter ihm ins Schloß warf.

Oswald taumelte aus der Dunkelheit dieses von einem Fluche belasteten Hauses in den goldigen Sonnenbrand hinein. Wie von einem Rausch befangen, ohne nach rechts oder links zu blicken, durchirrte er eine Anzahl Straßen. Nur ein Gedanke beherrschte all sein Sinnen: er wußte nun, welch ein Geheimnis seine Geburt umschleierte — welch ein Dämon das Leben seines Vaters verfinsterte. Er wußte alles — — nur das eine nicht — das Schreckliche.

Konnte es möglich sein, daß sein Vater an dem Tode jener armen Gertrud Bürklin schuldig war — — oder war in jener schrecklichen Stunde auf dem See ein Unglück geschehen? Freilich wußte er aufs bestimmteste, daß sein Vater, dieser Mann mit dem fröhlichen Herzen, keinen Mord auf dem Gewissen haben konnte. Doch er verhehlte sich nicht, daß er dieses Bewußtsein nur in seinem kindlichen Gefühl trug. Der Richter, für den es dieses Gefühl zu dem des Mordes Verdächtigen nicht geben konnte, würde nur mit seinem Verstande an die Untersuchung des Falles herantreten. Und wenn Bürklin beschwor, gesehen zu haben, Anton Hildebrand habe damals seine Gattin ins Wasser gestoßen — welcher Richter würde dann an ein Unglück oder einen Selbstmord, statt an einen vorbedachten Mord glauben? Das war ein Gedanke, der dem Umherirrenden dicke Schweißtropfen auf die Stirne trieb.

Aber wahrlich — der Vater war unschuldig an dem Verbrechen. Er war nicht ganz unschuldig an dem Tode der Gertrud Bürklin — doch was er daran verschuldet hatte, das hatte er im Laufe von fast dreißig Jahren hundertfach gebüßt. Oswald erinnerte sich nun daran, wie oft er in den Zügen des alten Herrn, wenn er ihn in der Einsamkeit oder in seinem Atelier überrascht hatte, den Ausdruck eines tiefen, bitteren Wehs, eines unauslöschlichen Grams wahrgenommen hatte. Dieser Ausdruck war zwar jedesmal bei seiner Annäherung verschwunden, wie weggewischt, so daß er immer an eine Täuschung geglaubt hatte. Das war ohne Zweifel der Gram um den Verlust der geliebten Frau und die bittere Reue, diesen herben Verlust selbst verschuldet zu haben. Zu diesen bitteren Gefühlen trat noch die unaufhörliche Angst vor dem Erpresser Bürklin — —

Aber wahrlich — der Vater war unschuldig! Daß sein Schmerz um die tote Gattin wahr, tief und echt sein mußte, ging schon aus der Tatsache hervor, daß er nicht wieder geheiratet hatte. Er hatte sein Leben in der Einsamkeit zugebracht, ganz dem Andenken an seine auf so tragische Weise ums Leben gekommene Gattin gewidmet. Die Erziehung des Sohnes, den die Gattin ihm geschenkt, war die Aufgabe seines Lebens. Aufs treueste und gewissenhafteste hatte er sie befolgt, dem Sohne war er Vater, Lehrer, Freund gewesen von Anfang an —

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191910221-19/fragment/page=0003

Provinz Sachsen

Gautag des Rabattsparvereins-Verbandes

R. Dessau, 21. Oktober.

Am Sonntag und Montag tagte hier der Gau Sachsen, Provinz Sachsen-Anhalt, Brandenburg im Verbande Deutscher Rabatt- und Handelsschutzvereine Deutschlands unter Leitung des Vorsitzenden Kaufmann Seidquitt-Magdeburg. Eine Reihe wichtiger Wirtschafts- und Standesfragen kam zur Beratung und Verabschiedung. An den Beratungen nahmen zahlreiche Vertreter der Handelskammern, u. a. von Dessau und Magdeburg, als Vertreter des Staatsrats von Anhalt Regierungsrat Ackermann teil, der der Rabattsparvereinsbewegung Förderung durch die anhaltische Regierung versprach.

Den ersten Vortrag hielt der Verbandsdirektor Senator Beythien-Hannover über die Pflege der Standesselbsthilfe als einzige Gewähr für die Zukunft von Handel und Gewerbe. Der Redner bezeichnete zunächst die Arbeit als einziges Mittel, aus der Misere unserer Tage herauszukommen. Die Gesundung des deutschen Volkes werde nicht von unteren, auch nicht von den gesitteten oberen Schichten, sondern aus dem mittleren Bürgertum kommen, das an der Arbeit Freude habe. Die Pläne der Gemeinwirtschaft des Staates fänden bei diesen keine Gegenliebe, die sozialdemokratische Lehre sei zusammengebrochen. Als Ersatz werde dem Volke das Heil in den Konsumvereinen versprochen, die die unerfüllten Träume der Massen verwirklichen sollten. Dagegen müssten sich die Rabattsparvereine durch Aufklärung, Rabattgewährung und Verbilligung des Einkaufs schützen. In scharfen Worten ging der Redner auch den Schiebern und Wucherern zu Leibe, die er als Parasiten bezeichnete, die leider auch in dem Kaufmannsstande anzutreffen seien.

Syndikus Dr. Rausch-Dessau sprach über die Reichssteuern 1919 unter besonderer Berücksichtigung der Umsatzsteuer. Den Kern seiner Ausführungen legte er in nachstehenden, einstimmig angenommener Entschließung nieder: „Der Gautag richtet das dringende Ersuchen an die Nationalversammlung, die geplante Umsatzsteuer so einfach wie möglich zu gestalten, damit die Lasten von der Kaufmannschaft getragen werden können. Im Einzelnen schließt er sich dabei den vom Deutschen Handels- und Industrietag und anderen Vertretungen des Einzelhandels vorgetragenen Wünschen an. Insbesondere verlangt er: Alle Nahrungsmittel und Bedarfsgegenstände sind gleichmäßig mit einer einheitlichen, gering zu bemessenden Abgabe beim Verkauf an den letzten Verbraucher zu belegen. Nur wirkliche Luxusgegenstände sollen unmittelbar beim Produzenten oder bei der Einfuhr von einer darüber hinausgehenden Luxussteuer betroffen werden. Die Inseratensteuer ist niedrig zu bemessen und soll nur die eigentlichen Anzeigen umfassen. Die Hotelsteuer soll erst bei einem Zimmerpreis von 5 Mark an beginnen. Die Agentenprovision soll von der Umsatzsteuer befreit werden. Die Höchstpreise sind den Steuererhöhungen entsprechend zu ändern. Die für die Umsatzsteuer einzurichtende Buchführung ist nach einem einfachen Schema festzulegen, so daß sie auch von allen Kleingewerbetreibenden ausgefüllt werden kann. Der Buchführungszwang muß durchgeführt werden."

Kaufmann von Rönne-Berlebern behandelte die Tarifverträge. Er bezeichnete es auf Grund der Erfahrungen für wichtig, daß man an den Verhandlungstisch mit dem festen Vorsatz trete, schnell zu einem Resultate zu kommen. Durch oberflächlich zu niedrig bemessene Sätze werde höchstens eine unruhige Verschleppung erreicht. Den Tarifverträgen prophezeite er keine lange Lebensdauer, weil sie der Eigenart des kaufmännischen Berufes entgegenstehen.

Der Gautag sprach sich gegen eine Sonderrabattgewährung an Beamtenvereine aus. Als Ort des nächsten Verbandstages wurde Wittenberge gewählt, als nächster Ort ist Bernburg vorgesehen.

Der Streik der anhaltischen Metallarbeiter

(Drahtnachricht unseres Mitarbeiters.)

Dessau, 21. Oktober.

Die Verhandlungen in der Lohnbewegung der anhaltischen Metallindustrie sind in ein kritisches Stadium getreten. Gestern fällte der Schlichtungsausschuß einen Spruch, der für die verschiedenen Städte des Landes und Altersklassen bestimmte Löhne festsetzt. Der Spruch wurde von den Vertretern des industriellen Verbandes ohne weitere Begründung abgelehnt. Die Funktionäre des Metallarbeiterverbandes nehmen heute zu der Schlichtung Stellung.

g. Dessau, 21. Oktober. (Pfarrackerverpachtung.) Am Freitag fand hier im Gasthofe des Herrn Pannicke die Verpachtung des etwa 60 Morgen umfassenden Pfarrackers statt, wozu sich außer den alten Pächtern zahlreiche andere Pachtlustige eingefunden hatten, so daß sich bald ein lebhaftes Geschäft entwickelte. Die früheren Pachtpreise von 40—50 Mk. pro Morgen wurden durchweg um das doppelte und noch höher überboten, so daß die neuen Pächter ihre Parzellen mit 90—105 Mk. und darüber als jährliche Pacht ersonden. Bei der Verpachtung des Herrn Schmeil gehörigen einige 20 Morgen umfassenden Ackers, die einige Tage zuvor stattfand, betrug der Pachtpreis ebenfalls 90—90 Mk. und darüber pro Morgen und Jahr.

g. Burglitzenau, 21. Oktober. (Diebstähle ohne Ende. — Besitzwechsel.) Die nächtlichen Einbrüche und Diebe arbeiten ohne Unterlaß und suchen sowohl arm wie reich heim. In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag drangen Einbrecher in das Gehöft des Herrn Gutsbesitzers Thielcke und entwendeten zwei Kälber im Alter von 4 und 6 Wochen. Die Spur der Einbrecher führte bis zum Rittergutsschlachthof. Am Fürstendomm, von wo der Weitertransport mittelst eines Gefährtes vollführt wurde. Es ist dies der fünfte Einbruch in unserem Orte innerhalb weniger Tage. Um den Räuben das Handwerk zu legen, soll dem Vernehmen nach auch hier eine Einwohnerschutzwehr gebildet werden. — Der von Herrn Sommerkamm hier innegehabte Gasthof ist durch Verkauf in den Besitz des Herrn Erdmann übergegangen, welcher auch die Bewirtschaftung desselben schon übernommen hat. Der neue Besitzer, aus der Provinz Sachsen gebürtig, hatte zuvor ein Besitztum in Ostpreußen, das er der dortigen Verhältnisse wegen veräußerte.

g. Lochau, 21. Okt. (Aus der Gemeinde.) In der am Sonntag stattgehabten Sitzung der Gemeindevertreter gab der Gemeindevorsteher bekannt, daß er für die Kartoffelversorgung der Versorgungsberechtigten in der Gemeinde Sorge getragen und sich für die Beschaffung von 250 Zentnern bemüht habe. Die Anbaufläche jeder Haushaltung, sowie die Ernteergebnisse sollen zuvor jedoch noch festgestellt werden. Für die Wahl eines Vorsteherstellvertreters, welches Amt der bisherige Inhaber niedergelegt hat, wurde Zimmermeister Richard Kuppe in Vorschlag gebracht und gewählt. Die Gewählte nahm das Amt an. Die Besoldungsfrage des Standesbeamten, welcher bisher sein Amt ehrenamtlich führte und dasselbe niederzulegt hat, führte zu einem Protest; die Versammlung verlangte Aufschluß über die Kosten für jede der in Betracht kommenden drei Gemeinden, die dann ihrerseits Stellung zur Sache nehmen sollten. Die Wohnungskommission sollte ihres Amtes walten, die bezieh.baren Wohnungen im Orte feststellen und für die Unterkunft einer Familie sorgen. Hierauf wurde in die Ernährungsfrage zur Wahl einer Versorgungskommission geschritten, sowie die Rechte und Pflichten derselben im besonderen erläutert; gewählt wurden die Herren Knittel, Alb. Schumann, Brandt, Fellger, Körnig und Jorgan, das Stellvertreter die Herren Karl Schumann jun., Teichmann, Matthes und Korge. Sodann gab der Gemeindevorsteher bekannt, daß die Wahl des Fabrikarbeiters Alb. Zullger zum Gemeindevorsteher die Bestätigung der zuständigen Behörde erhalten habe und die Amtsübergabe nach Vereinbarung Sonntag, den 26. d. M., stattfinden soll. Die Einführung einer Einwohnerschutzwehr gab sodann noch Veranlassung zu Auseinandersetzungen.

— Magdeburg, 21. Oktober. (Lustmord.) Zu dem Lustmorde in der Sudenburg teilt das Polizeipräsidium folgendes mit: Die Ermittelungen haben ergeben, daß die Tat voraussichtlich am 18. d. M., nachmittags gegen 5½ Uhr, im Hause Wolfenbüttlerstraße 68, ausgeführt ist. In diesem Hause hat Frau Kleinau um die angegebene Zeit die Wohnung des Drehers Wilhelm Hirschfeld aufgesucht, um dort Beiträge zu kassieren. Die Hirschfeldsche Wohnung hat sie nachweislich nicht wieder lebend verlassen. Hirschfeld ist 31 Jahre alt; ob er, den man der Tat nicht für fähig hält, damals allein in der Wohnung war, steht noch nicht fest. Etwa eine Stunde später ist dort ein fremder Mann gesehen worden. Die Ehefrau des Hirschfeld ist z. Zt. verreist und der 10 Jahre alte Sohn der Eheleute hielt sich zu jener Zeit außerhalb der Wohnung auf. Daß der Mord in der Tat in der fraglichen Zeit geschehen ist, geht aus Bekundungen von Hausbewohnern hervor, die damals einen Fall und laute Schreie vernommen haben wollen. Die Marktfrau, die Frau Kleinau bei sich getragen hat, ist mit dem größten Teil des Verbandsblattes am Sonntag in der Westendstraße in der Nähe der Wuhne gefunden worden. Das einkassierte Geld — etwa 18 Mark —ist noch nicht gefunden; anscheinend hat es der Täter an sich genommen. Die Todesursache kann noch nicht näher angegeben werden, weil die Obduktion noch nicht erfolgt ist.

— Magdeburg, 21. Okt. (Die Mordtat an der Arbeiterfrau Kleinau) im Stadtteil Sudenburg ist, wie uns ein eigener Drahtbericht meldet, aufgeklärt. Täter sind der 31jährige Arbeiter Heinrich und der 20jährige Arbeiter Oelze, die sich zu der Tat gemeinsam verständigt hatten. Heinrich hat sich vergiftet, Oelze, der Bekannten gegenüber bereits eine Erklärung abgelegt hat, ist geflohen. Den Mördern fielen nur 18 M. in die Hände.

— Goslar, 21. Oktober. (Kreiswirtschaftsverband.) Der Land- und Forstwirtschaftliche Kreisverein Goslar nahm in einer Versammlung Stellung zu der Frage der Bildung eines Kreiswirtschaftsverbandes. Nach einem Vortrag des Rechtsanwalts Dr. Köhler-Hildesheim über Steuer- und Wirtschaftsfragen erfolgte einstimmig die Gründung des Kreiswirtschaftsverbandes für den Kreis Goslar. Der Verband will neben anderen Aufgaben insbesondere die Bekämpfung des Wucher- und Schleichhandels, den gemeinsamen Bezug von Futter- und Düngemitteln, sowie die Errichtung einer Butterstelle durchführen.

Halle und Umgebung

Halle, 22 Oktober.

— Eisenbahn-Aushelfer. Nach Bestimmung des Eisenbahnministers führen die von der Verwaltung angenommenen Hilfskräfte nicht mehr die Dienstbezeichnung „Eisenbahn-Aushelfer", sondern „Eisenbahn-Anwärter". Dagegen bleibt die Dienstbezeichnung „kommissarischer Eisenbahn-Gehilfe" bezw. Gehilfin für die förmlich zum Weichensteller (Eisenbahngehilfen) geprüften Eisenbahnanwärter bestehen.

— Unterbringung von Reisenden in den Zügen. Das Zugpersonal ist streng angewiesen, die in den Wagen 1., 2. und 3. Klasse vorhandenen Sitzplätze im Bedürfnisfalle über die sonst übliche Zahl hinaus zu besetzen. Beschwerden gibt es also dagegen nicht.

— Ferienaufenthalt für Kinder im verbündeten und neutralen Ausland. Der Eisenbahnminister hat bewilligt, daß bis auf weiteres für erholungsbedürftige Kinder, die im Ausland zum Landaufenthalt entsandt worden, freie Fahrt nicht mehr zu gewähren ist. Das bezieht sich nicht nur auf Kinder hilfsbedürftiger deutscher Eltern, sondern auch auf Kinder fremder Nationalität.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Eine Wirkung der Goldzölle

Da der Friedensvertrag noch nicht in Kraft getreten ist, gelten augenblicklich für die Einfuhr von Tabak und Tabakerzeugnissen noch die Zollerhöhungen aus dem Gesetz vom Jahre 1916. Sie sind bei den heutigen hohen Preisen für überseeischen Tabak und bei dem schlechten Stand unserer Valuta eine außerordentliche Belastung des Tabakgewerbes. Nun werden aber in unseren Seehäfen für überseeische Tabake auch noch die Goldzölle erhoben, durch die die Zollbelastung die vierfache Höhe erreicht. Wiederholt ist darauf hingewiesen, daß Abgaben in solcher Höhe unser Tabakgewerbe geradezu zum Ersticken bringen müssen. Die Hamburger Zigarrenarbeiterinnen haben denn auch jetzt den Beschluß gefaßt, keinen Rohtabak mehr zu verzollen, bis die Aufhebung der Goldzölle erfolgt ist. Hierdurch ist aber die Aufrechterhaltung unserer Zigarrenerzeugung, die erst füglich im Interesse der Arbeiterschaft durch die Wiedereinfuhr von ausländischen Tabaken wieder in Gang gebracht wurde, schwer gefährdet. Nachdem auch die letzten Verhandlungen mit den Vertretern der Entente haben erkennen lassen, daß auf eine Anerkennung des deutschen Gesetzes über die Zahlung der Zölle in Gold seitens unserer Gegner nicht zu rechnen ist, sollte die Regierung nicht länger zögern, eine Maßregel wieder außer Kraft zu setzen, die nicht durchführbar ist, weil sie einen Teil unseres Einfuhrhandels schwer benachteiligt. Wenn Deutschlands Außenhandel über unsere Seehäfen wieder in Gang kommen soll, dann dürfen dort in bezug auf die Einfuhrzölle keine ungünstigeren Verhältnisse herrschen wie an der Westgrenze. Die Nationalversammlung sollte selbst die Initiative ergreifen. Der ungeheuerliche Schmuggel, der an der Westgrenze getrieben wird, ist zum guten Teil auch nur auf die Goldzölle zurückzuführen. Bekanntlich blüht der Schmuggel da am meisten, wo die höchsten Zölle in Geltung sind. Die Erhöhung der Zolleinnahmen durch die Zahlung in Goldwährung ist tatsächlich illusorisch.

Industrie, Handel, Handwerk

Mansfeldische Kupferschiefer bauende Gewerkschaft in Eisleben. Die Kurssteigerung in den Kupfer der Gewerkschaft hat weitere Fortschritte gemacht. Es wurde schon kürzlich darauf hingewiesen, daß diese Bewegung in der Erhöhung der Kupferpreise sowie in der Entbloßung des Weltmarktes an Kupfer ihre Erklärung findet. Man darf aber auch nicht außer acht lassen, daß die Silberproduktion sich für das Unternehmen außerordentlich gewinnbringend gestaltet. Die Gewerkschaft stellt jährlich über 10 000 Kilogramm Silber her, das im Preise von 80 M. auf 900 M. und mehr pro Kilo gestiegen ist, während die Gestehungskosten sich kaum in einem entsprechenden Umfange erhöht haben dürften.

Erhöhung des Abschlagspreises für Branntwein aus Melassespiritus-Brennereien. Die Spiritus-Zentrale G. m. b. H. teilt mit: Laut Beschluß des Gesamtausschusses und mit Zustimmung der Reichsbranntweinstelle wird der Abschlagspreis für Ablieferungen aus solchen Brennereien, welche nur Melasse, und zwar ausschließlich auf Spiritus verarbeiten, mit Wirkung vom 1. Juli 1919 ab (maßgebend ist der Tag der steueramtlichen Abfertigung) auf 145,80 M. je Hektoliter Alkohol festgesetzt werden erhöht.

Akt.-Ges. Deutsche Kaliwerke in Bernterode. Nach einer Mitteilung der Gesellschaft liegen die Verhandlungen über den Erwerb der Kaligewerkschaft Wilhelmshall 1½ Jahre zurückselbige haben sich seinerzeit zerschlagen und schweben jetzt nicht mehr.

Geldmarkt und Banken

Anleihe des Kreises Fulda. Laut Beschluß des Kreisausschusses wird der Kreis Fulda eine Anleihe von 10 Millionen Mark aufnehmen, die zur Bestreitung der Kosten für die Herstellung der Einrichtungen des Ueberlandwerkes dienen sollen.

Anleihe der Stadt Mühlhausen i. Th. Die Stadtgemeinde Mühlhausen beschloß eine neue Anleihe von 7 Mill. Mark.

Das Gesetz über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919. Für den praktischen Gebrauch erläutert von Dr. Ernst Dodel, Rechtsanwalt. Preis 6 Mark und 10 Proz. Teuerungszuschlag.

Das Gesetz über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs. Für den praktischen Gebrauch erläutert von Dr. Ernst Dodel, Rechtsanwalt. Preis 4,50 Mark und 10 Proz. Teuerungszuschlag.

Beide im Verlag von Wilh. Gottl. Korn in Breslau erschienenen Bücher zeichnen sich durch Vollständigkeit in der Besprechung des gesamten Materials aus; alle fremden Gesetze stellen, die in den Gesetzen erwähnt und zu ihrer Auslegung erforderlich sind, sind darin erläutert, so daß die Heranziehung anderer Bücher nicht erforderlich ist. Im einzelnen sind nicht nur die den Kaufmann und sonstigen Gewerbetreibenden, sondern auch die den Privatmann interessierenden Vorschriften ausführlich erörtert.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Bei Beginn des heutigen Verkehrs hatte es den Anschein, als ob Entlastungskäufe einer weiteren Aufwärtsbewegung hinderlich wären. Bald wieder setzte sich von neuem lebhaftes Kursreiben auf fast allen Gebieten ein, für das keine anderen Gründe als die bisherigen, nämlich die Flucht vor der Mark, und ausländische Käufe, angegeben wurden. Durchgehend schwach waren Farbwerte in Zusammenhang mit den bedeutenden Kapitalserhöhungen. Es stiegen besonders Phönixaktien um mehr als 20, Elektrische Licht und Kraft 18, Rombacher 9, Harpener 14 Prozent. Am Schiffahrtsaktienmarkt waren die Besserungen gleichfalls recht ansehnlich. In lebhaften Sprüngen erreichte Stoman Romana zeitweilig den Kurs von 1000, und Deutsche Petroleumaktien wurden gleichfalls recht lebhaft umgesetzt, ohne jedoch in gleichem Maße ihre Kurse zu erhöhen. Am Kolonialaktienmarkt senkte das Gesicht in ruhige Bahnen ein. Nur Stoman Salpeter gewann einen bedeutenden Aufschwung von 100 Prozent. Russische Papiere zeigten zur Schwäche infolge der sich widersprechenden Nachrichten über die Ereignisse auf den russischen Kriegsschauplätzen. Am Anlagemarkt hoben sich die älteren deutschen Anleihen, während im übrigen die Kurse behauptet blieben.

Produktenbericht. Am Produktenmarkt ruht das Geschäft in Hafer fast vollständig. Für Erbsen, Peluschken und Pferdebohnen zeigt sich die Kauflust vorsichtiger. Die außerordentlich hohen Preisforderungen werden nicht immer ohne weiteres bewilligt. Fest liegt die Tendenz für Wicken. Lupinen waren etwas mehr begehrt. Es mangelt aber noch an Angebot. Seradella wird in der Provinz höher bezahlt als hier. Heu und Stroh waren nach wie vor sehr knapp. Runkelrüben neigten zur Schwäche. Wetter: schön.

Auszahlungen. Berlin, 21. Oktober.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Holland	1064,—	1066,—	Oesterreich abgst.	24,20	24,30
Dänemark	601,25	603,25	Ungarn	—,—	—,—
Schweden	674,25	675,75	Prag	59,60	59,80
Norwegen	636,75	638,25	Spanien	522,—	523,—
Schweiz	498,50	499,50	Finnland	129,75	130,25
Oesterreich	25,85	25,95			

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsch-Luxemburg	187,25
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	78,60	Deutsche Uebersee-Ei.	262,—
5% Deutsche Reichsanl.	79,80	Deutsche Erdöl	475,—
4 „ „	73,—	Deutsche Gasglühl.	350,—
3½ „ „	68,50	Deutsche Kali	295,75
3 „ „	67,20	Deutsche Waff. u. Mun.	242,75
4 Preuss. Konsols	72,—	Donnersmarkhütte	—,—
4½ „ „	61,80	Döring u. Lehrmann	129,75
4 Chart. Stadtanl. 86/89	86,50	Dürkoppwerke	340,—
4 Magdeb Stadtanl. 91/06	—,—	Elberfelder Farben	283,—
4 Sächs. Staatsanl.	—,—	Felten u. Guilleaume	232,50
3 landbriefe	—,—	Gasmotoren Deutz	162,50
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	100,50	Gebhardt u. Co.	—,—
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	99,—	Gebhardt u. König	161,75
4½ Dessauer Gas-Oblig.	—,—	Gelsenkirch. Bergb.	212,50
4 „ „	—,—	Glauziger Zuckerfrk.	—,—
Ausländ. Werte		Hallesche Masch.-Fabr.	—,—
4 Oesterr. Kron.-Rente	29,50	Hann. Masch.	374,50
4 Ungar. Gold-Rente	37,75	Harpener Berg	218,—
4 Ungar. Kronen-Rente	34,90	Hasper Eisen	194,75
Eisenbahn-Aktien:		Hirsch Kupfer	296,—
Halberstadt-Blankenb.	84,75	Höchster Farbw.	274,50
Halle-Hettstedter	65,75	Hoesch Eisen u. Stahl	218,—
Schantungbahn	24,50	Hohenlohe-Werke	130,50
Allg. Lokal-Str.	135,—	Humboldt-Masch.	201,50
Gr. Berl. Str.	122,50	Ilse-Bergbau	261,50
Magdeburger Str.-B.	—,—	Kahla-Porzellan	350,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	365,—	Kaliw. Aschersleben	225,—
Orientbahn	279,50	Körbisd. Zucker-Akt.	—,—
Schiffahrts-Akt.:		Kyffhäuserhütte	—,—
Hambg. Paketfahrt	127,—	Lahmeyer u. Co.	144,25
Hamb.-Südamerika	230,—	Lauchhammer	170,25
Hansa-Dampfschiff	311,—	Laurahütte	180,—
Nordd. Lloyd	128⅞	Linke u. Hofmann	343,—
Banken:		Ludwig Loewe u. Co.	367,25
Bank für Thür.	—,—	Lothringer Hütte	175,—
Berl. Handelsges.	162,50	Mannesmannröhren	220,—
Comm u. Diskontobank	136,—	Maschinenfabr. Buckau	175,50
Darmstädter Bank	110,25	Oberschl. Eisenb.-Bed.	161,50
Deutsche Landesbank	—,—	do. Caro Heg.	122,—
Deutsche Bank	179⅞	do. Kokswerke	220,75
Diskonto-Comm.	179,—	Orenstein u. Koppel	203,75
Dresdner Bank	142⅞	Phönix-Bergb.	268,—
Credit-Anst. Leipzig	142⅞	Rheinl.-Westf. Verz.	218,—
Mitteld. Kreditbank	122,50	Rhein Stahlwerken	182,—
Privat-Bank	—,—	Riebeck. Montan	223,—
Nationalbank	120,75	Rombacher Hütten	178,—
Oesterr. Kredit	90,50	Rositzer Braunk.	173,—
Reichsbank	150,—	Rositzer Zucker	171,50
Industrie-Aktien:		Sangerhäuser Masch.	310,—
Schultheiss-Brauerei	270,—	Hugo Schneider u. Co.	273,50
Akt. f. Anilin	325,—	Schuckert u. Co.	225,—
Allgem. Elektr.-Ges.	228,—	Siemens u. Halske	293,75
Ammendorfer Papierf.	—,—	Stettiner Chamotte	247,—
Anhalter Kohlenw.	226,50	Stettiner Vulkan	174,75
Annaberger Steingut	230,—	Stollberger Zinkh.	274,—
Badische Anilin	460,—	Strass. Spielkarten	190,75
Bergmann-Elekt.-Akt.	190,—	Thale-Eisenhütte	180,—
Berl. Masch.-Bau	226,75	Triptis-Akt.-Ges.	183,—
Bismarckhütte	270,—	Türkische Tabakregie	98,50
Bochumer Gußstahl	227,—	Ver. Köln Rottweiler	424,50
Chem. Fabrik Buckau	145,—	Glanzstoff Elberf.	174,—
Chem. Griesheim	252,—	Wegelin u. Hübner	—,—
Chem. v. Heyden	274,50	Wersch.-Weissenf. Brk.	233,—
Consolidation Schalke	240,—	Westeregeln-Alkali	291,—
Cröllwitzer Papierfabr.	216,—	Wittener Gußstahl	—,—
Daimler-Motoren	270,—	Wrede-Mälzerei	442,—
		Zeitz Masch.	228,50
		Zellstoff Waldhof	366,—
		Otavi-Minen	—,—

Tendenz: fest.

Verantwortlicher Redakteur Heinrich Bütscher.
Verantwortlich für Politik: Heinrich Bütscher; für politische Nachrichten und Volkswirtschaft und Sport: Hans Helling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Anzeigenteil: Paul Gerhardt; sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191910221-19/fragment/page=0004